



Fraktion im Europaparlament kritisiert Rede der Bundeskanzlerin (Seite 4)



Wahlkreistag der Landtagsabgeordneten Eva von Angern (Seite 5)



Brink liest bei den „Stromerländern“ (Seite 7)

DIE LINKE ZEITUNG

12/2018

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Lebensperspektiven verbessern – Demokratische Strukturen stärken

Zur Bilanz der ersten Hälfte der 7. Wahlperiode erklärt Thomas Lippmann, Fraktionsvorsitzender im Landtag:



Fraktionsvorsitzender Thomas Lippmann; Foto: privat

»Die Fraktion DIE LINKE hat in der laufenden Wahlperiode viel auf den Weg gebracht. Sei es der kontinuierliche Einsatz für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, die Initiative für eine Enquete-Kommission zur Gesundheitsversorgung oder die vielen eigenen Gesetzentwürfe, etwa zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes, des Volksabstimmungsgesetzes, des Kommunalverfassungsgesetzes, des Schulgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes.

Dabei stehen immer die spürbare Verbesserung der Lebensperspektiven der Bürger*innen und die Stärkung demokratischer Strukturen im Zentrum unserer Initiativen. Manches davon wurde von der Koalition aufgegriffen und umgesetzt, z.B. die bessere Eingruppierung von DDR-Einfach-Lehrkräften oder die Zahlung von Weidetierprämien. Durch den Druck der von uns unterstützten Volksinitiative konnte auch die Steigerung der VZÄ-Ziele für Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter*innen für das kommende Jahr erreicht werden.

Für die Umsetzung unserer kommunal-, bildungs- und sozialpolitischen Ziele gab und gibt es von uns auch immer umfangreiche Forderungen an den Haushaltsplan des Landes, die wir in den aktuellen Verhandlungen im

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Parlament und in den Ausschüssen offensiv vertreten. Eines unserer wichtigsten Ziele ist dabei, die kommunalen Haushalte und damit die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Wir wollen darüber hinaus wesentlich mehr Haushaltsmittel zum Abbau des Investitionsstaus, zur Gebührenfreiheit in Kindertageseinrichtungen und im öffentlichen Nahverkehr aber z.B. auch für eine gerechte Bezahlung der Landesbeschäftigten einsetzen.

Die Fraktion wird auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode in ihrem Engagement für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive des Landes nicht nachlassen. Sie wird mit der vorhandenen Fachkenntnis ihrer Abgeordneten und Mitarbeiter*innen und unter Beteiligung von Expertinnen und Experten außerhalb des Parlamentes Lösungen für die Probleme der Menschen im Land erarbeiten und für deren Umsetzung werben.

Unsere Schwerpunkte werden dabei u.a. sein:
- die Arbeit in der Enquetekommission zur Gesundheitsversorgung;
- die Unterstützung des Bündnisses „Für ein

kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ mit dem Ziel, den Ganztagsanspruch von 10 Stunden für alle Kinder zu erhalten und bessere Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen durchzusetzen;

- die Unterstützung des Bündnisses »Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!« mit dem Ziel, -die Lehrkräfteversorgung in den Schulen dauerhaft zu verbessern.

In diesen zentralen Zukunftsfragen werden wir mit allen verfügbaren Mitteln auch die Durchführung von Volksbegehren zur Durchsetzung berechtigter Forderungen unterstützen.

Die Bilanz der Koalition ist hingegen ernüchternd. Eine Volksinitiative mit fast 100.000 Unterschriften gegen den Fachkräftemangel an Schulen, Elternproteste gegen immer weiter steigenden Kita-Beiträge, anhaltende Klagen über fehlende Mittel in den Kommunen, alarmierende Meldungen über die Pflegesituation in den Krankenhäusern und den Mangel an Landärzten und die fortschreitende Armut unter Kindern und Senioren säumen ihren Weg.

Die Entwicklung des Landes stagniert oder

ist sogar rückläufig. Die Fortschritte, etwa bei den Steuereinnahmen und bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind im Wesentlichen durch günstige äußere Umstände bedingt, von denen Sachsen-Anhalt auch nur unterdurchschnittlich profitieren kann. Die dringende erforderliche Wende in der Personalpolitik als Voraussetzung für mehr Dynamik etwa bei den Investitionen ist im Ansatz steckengeblieben. Noch nie wurde mit so viel Geld so wenig erreicht.

Viele Menschen im Land sind enttäuscht und entmutigt, da sie nicht spüren, dass sich in den letzten beiden Jahren in ihrem Leben irgendetwas zum Besseren gewendet hätte. Die Koalition ist mit vollmundigen Versprechungen in ihrem Koalitionsvertrag gestartet, aber kaum eines davon ist zur Halbzeit eingelöst worden. Gemeinsame Ziele sind bei diesen so ungleichen Partnern selten zu finden. Statt Lösungen produziert die Koalition vor allem Konflikte und neue Probleme. Regieren ist unter diesen Bedingungen schon lange zum Selbstzweck geworden.«

Trotz alledem!

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE

Vor 100 Jahren zerbricht eine breite Volksbewegung gegen den Krieg die Monarchie in Deutschland. In Berlin rufen fast zeitgleich am 9. November 1918 Philipp Scheidemann als Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie die „deutsche Republik“ und Karl Liebknecht als Vertreter des in der USPD organisierten Spartakusbundes die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus.

Aus Sicht der alten Eliten galt es nun das Schlimmste zu verhindern. Schon am Abend des 10. November meldete sich deshalb General Wilhelm Groener aus dem Quartier der Obersten Heeresleitung (OHL) im belgischen Spa telefonisch bei Friedrich Ebert, inzwischen Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, einer Koalitionsregierung der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) mit den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD).

Das Telefongespräch beschrieb Sebastian Haffner so: „Der General bot loyale Zusammenarbeit an und stellte Forderungen: Kampf gegen Radikalismus und Bolschewismus, schnellste Beendigung des Räteunwesens, Nationalversammlung, Rückkehr zu geordneten Zuständen. Dem allem konnte Ebert aus vollem Herzen zustimmen; es war genau das, was er selber wollte.“

Von all dem wussten die Revolutionäre und die USPD-Volksbeauftragten freilich nichts. Am 12. November 1918, gab der von den Arbeiter- und Soldatenräten entsandte Rat der Volksbeauftragten in seinem Aufruf „An das deutsche Volk“ das Regierungsprogramm der Revolutionsregierung bekannt. Ein wichtiger Teil davon war die Proklamation einer großen Wahlrechtsreform, die auch das Frauenwahl-

recht enthielt. Wahlberechtigt waren alle Frauen und Männer ab 20 Jahren. Wenige Wochen später, am 30. November 1918, wurde das aktive und passive Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger in der Verordnung über die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, der ersten, an der Frauen in Deutschland als Wählerinnen und Gewählte teilnahmen, verankert.

Die unmittelbar auf den Ebert-Groener-Pakt folgenden Ereignisse sind weitgehend bekannt: Alle über die Parlamentarisierung hinausgehenden, von rätendemokratischen Ideen geleiteten Ziele scheiterten am Widerstand der SPD-Führung; die Januarrevolte in Berlin, die immer noch häufig fälschlich „Spartakusaufstand“ genannt wird; die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg; ein opferreicher Bürgerkrieg. Die von den Linken erhoffte sozialistische Revolution blieb aus; in der am 19. Januar 1919 gewählten Nationalversammlung hatten die bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Weder die beschlossene Entmilitarisierung noch eine Sozialisierung konnten durchgesetzt werden. So tagte die vom Rat der Volksbeauftragten am 21. November eingesetzte Sozialisierungskommission, der u.a. Karl Kautsky und Rudolf Hilferding angehörten und die prüfen sollte, welche Industrien „sozialisierungstauglich“ seien, bis zum 7. April 1919 ohne jedes greifbare Ergebnis.

Die Novemberrevolution war dennoch ohne Zweifel ein einschneidendes Ereignis für die deutsche Geschichte. Die Ergebnisse der Revolution waren nicht nur der Frieden, der Sturz der Monarchie und die Proklamation der Republik, sondern auch die Einführung

des allgemeinen Wahlrechts einschließlich des Frauenwahlrechtes und der Abschaffung des 3-Klassen-Wahlrechtes für den preußischen Landtag, die Anerkennung der Gewerkschaften und das Verbot „gelber Gewerkschaften“, der 8-Stunden-Tag und das Tarifvertragsgesetz.

Der kurze Blick auf diese Errungenschaften der Novemberrevolution macht eines besonders deutlich: Zentrale Bestandteile der Demokratie, die heute vielleicht vielen als selbstverständlich erscheinen, wurden keineswegs „im Selbstlauf“ – quasi als Geschenk „von oben“ oder aufgrund der Einsicht der Herrschenden – verwirklicht, sondern es bedurfte des revolutionären Drucks von unten!

Bis heute tobt innerhalb der Linken der Streit, ob mehr als eine bürgerliche Republik möglich gewesen wäre, welche Rolle die Parteien, die Rätebewegung, revolutionäre Obleute u.a. gespielt haben und welche Lehren aus all dem zu ziehen sind.

Die Novemberrevolution bestätigte jedenfalls das Wort Saint-Justs aus der Französischen Revolution: „Wer eine Revolution nur halb macht, schaufelt sich sein eigenes Grab.“

Die Kapitalisten, die Deutschland bereits in den Ersten Weltkrieg getrieben hatten, behielten ihre Macht. Staatsapparat, Justiz und Militär wurden nicht umfassend demokratisiert. Die Entfernung von monarchistischen Gegnern der Republik aus einflussreichen Positionen unterblieb. Im Bündnis mit den Nationalsozialisten konnten diese „Eliten“ so 1933 die von ihnen von Beginn an verhasste Republik beseitigen, die gespaltene Arbeiterbewegung zerschlagen und einen weiteren Weltkrieg für ihre Profite und Großmachtphantasien führen.

#Landtagsticker –

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung im November

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Regierungserklärung unter dem Titel „Zukunft entsteht heute – wie wir die Herausforderungen des Strukturwandels meistern“

Auf der Plenarsitzung hat der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff eine Regierungserklärung zum Thema abgegeben. Für DIE LINKE. verwies Andreas Höppner in der Debatte auf die Erfahrungen, die die Menschen im Land nach der Wende mit der Deindustrialisierung gemacht haben. Deshalb forderte er neue, langfristige und sozial zumutbare Perspektiven für die betroffenen Menschen und Regionen. Er forderte im Namen der Fraktion dabei unter anderem, ein Kohleausstiegsgesetz, ein Klimaschutzgesetz, eine staatliche Beschäftigungsgarantie und einen Strukturwandel-fonds in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr. Ein Ausstieg ohne gravierende Strukturbrüche lasse sich nur erreichen, wenn der Kohlekonsens neben dem Ausstiegs-fahrplan auch die Ausgestaltung und soziale Begleitung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen zum Inhalt hat. Ein zentrales Instrument sei hier die finanzielle Unterstützung der Regionen durch den Bund.

Straßenausbaubeiträge sollen zum 1.1.2019 abgeschafft werden

Mit dem Gesetzentwurf legt die Fraktion DIE LINKE konkrete Vorschläge vor, um mit Wirkung zum 1. Januar 2019 Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Bundesweit haben die Beschwerden über zu entrichtende Straßenausbaubeiträge Bewegung in die Diskussion gebracht, auch in Sachsen-Anhalt.

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert die Ansicht, dass eine bessere Straße das anliegende Grundstück aufwertet. Bessere Straßen und Fußwege dienen der Allgemeinheit, weshalb es nachvollziehbar als ungerecht empfunden

wird, wenn nur wenige dafür zahlen sollen. Nicht selten werden sehr hohe Beitragssummen werden, die die Grundstückeigentümer finanziell an den Rand der Existenz bringen. Ziel des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE ist es daher, die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Städte und Gemeinden zu kompensieren.

Änderung des Kinderförderungsgesetzes verabschiedet

Der von der Landesregierung im September 2018 eingebrachte Gesetzentwurf zielt auf die weitere Verbesserung der Kinderförderung in Sachsen-Anhalt ab. Eltern sollen entlastet, Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie pädagogische Fachkräfte unterstützt werden. Daher setzt das neue Gesetz unter anderem auf ein neues Finanzierungssystem. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen und diesem folgte der Landtag mehrheitlich.

Die Fraktion DIE LINKE. hat den Gesetzentwurf abgelehnt. Denn nach unserer Auffassung bleiben mit dem Entwurf der Landesregierung alle wesentlichen Probleme des KiFöG aus dem Jahr 2013 weiterhin ungelöst. Die Aufgabe, die Kinderförderung in Sachsen-Anhalt auf eine solide strukturelle und finanzielle Grundlage zu stellen, bleibt auch nach der aktuellen Novelle des KiFöG bestehen. Die Fraktion DIE LINKE brachte deshalb bereits im Juni 2017 einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag ein. Mit diesem sollte die Qualität durch Änderungen verbesserte Personalschlüssel verbessert und das Finanzierungssystem der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt neu organisiert werden.

Politische Kultur in Sachsen-Anhalt

Der Landtag von Sachsen-Anhalt, seine Fraktionen und Mitglieder tragen in besonderer Weise Verantwortung für die politische Kultur in Sachsen-Anhalt und werden beispielgebend in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode sind wieder rechtsextreme, rassistische, nationalsozialistische und strukturell antisemitische Parolen im Plenum und den Ausschüssen zu hören und sie finden ihr Gegenstück außerhalb des Parlaments in rechtsextremen Aufmärschen, in Hass und Hetze, in rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Und diese aus dem Parlament heraus befeuerte rechte Gewalt hat inzwischen auch den Landtag erfasst und unmittelbar Auswirkungen auf die Arbeit des Parlaments und die Sicherheit der Abgeordneten.

Es bedarf einer Debatte der demokratischen Fraktionen des Landtags über eine politische Kultur, die sich klar gegen Rechts-extremismus positioniert, statt diesen durch partielle Kooperation und Übernahme von Argumenten und Sichtweisen durch demokratische Fraktionen des Landtags und ihrer Mitglieder zu legitimieren, zu verstärken und zu befördern. Und es bedarf einer Verständigung darüber, wie die demokratischen Fraktionen und Mitglieder des Landtags wirksam für eine demokratische politische Kultur in Sachsen-Anhalt eintreten können und der extremen Rechten und ihrer Gewalt unmissverständlich in der Pluralität des demokratischen Spektrums entgegentreten.

Es sei nicht Zeit für Posen, sondern für Haltung, forderte Henriette Quade in der von der Fraktion DIE LINKE beantragten aktuellen Debatte.

Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten

Lars Lehmann, Sprecherrat DIE LINKE Saale-Wipper

DIE LINKE Saale-Wipper gedachte am 09. November auf dem jüdischen Friedhof in Güsten der Opfer des Faschismus.

Nach der Kranzniederlegung am Gedenkstein sprach der Verbandsgemeindebürgermeister der Verbandsgemeinde Saale-Wipper, Jan Ochmann, zu den Anwesenden. In seiner Rede ging er darauf ein, dass über dieses dunkle Kapitel in der deutschen Geschichte gern geschwiegen wird, was sich auch in der Berichterstattung der Lokalpresse zum 09. November widerspiegelte. Hier waren ausführliche Artikel zur Ausrufung der Republik am



Herr Ochmann und Manfred Bölke beim Gedenken in Güsten. Foto: privat

09. November 1918 und zum Mauerfall am 09. November 1989 zu finden, während der 09. November 1938, der Tag der Reichspogromnacht nur in einer Randnotiz erwähnt wurde.

Herr Ochmann zeigte auf, dass das Geschehene heutzutage von vielen nicht mehr als eigene Vergangenheit und verstanden wird und auch eine Mitschuld der Vorfahren ob nun aktiv oder passiv durch Schweigen über das Geschehene oft verleugnet wird.

Abschließend stellte er in den Raum ob man heutzutage aktiv werden sollte oder auch wieder nur schweigt.

Merkel in Straßburg: Eine Kanzlerin ohne Visionen für Europa

DIE LINKE im Europaparlament

Am Dienstag, den 13. November 2018, sprach Angela Merkel im Europaparlament über ihre Vorstellungen zur Zukunft der EU. Was davon hängen bleibt, ist vor allem Merkels Unterstützung für eine europäische Armee, ein Projekt, das sie mit dem französischen Präsidenten Emanuel Macron verbindet. Lösungswege für zahlreiche andere Herausforderungen? Fehlanzeige. Unsere Europaabgeordneten kommentieren:

Sabine Lösing unterstreicht, „wie widersinnig das Argument ist, der Ausbau der EU-Militärkomponente diene vorrangig dem Ziel, Kosten zu sparen. Das ist falsch! Das Ziel ist es, die EU zu einer militärischen Großmacht auszubauen.“

Wir müssen den militärischen Wahnsinn der EU stoppen und dem skrupellosen und lukrativen Geschäft mit dem Tod durch europäische Waffen ein Ende setzen. Insbesondere nach Merkels gestrigem Marschbefehl einer europäischen Armee und ihrer Forderung, afrikanische Armeen nicht nur mit Schuhen, sondern auch mit Waffen auszustatten. Wir brauchen endlich einen Kurswechsel, also ein Upgrade für den Frieden, statt ein Upgrade für den Krieg.“



Europaabgeordnete für Sachsen-Anhalt: Martina Michels;
Foto: Louise Schmidt

„Der deutsche Spar-Wahn hat Europafeinden und Rechtsnationalen die Tür zur Macht in ganz Europa geöffnet, doch Angela Merkel verschließt davor beharrlich ihre Augen“, sagt Martin Schirdewan, Mitglied der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament, anlässlich der heutigen Debatte mit Angela Merkel zur Zukunft Europas.

Schirdewan weiter: „Angela Merkel ist maßgeblich verantwortlich für die Durchsetzung der deutschen Dominanz in der EU. Ihre falsche Spar- und Kürzungspolitik ist mitverantwortlich für die zunehmende soziale und wirtschaftliche Spaltung Europas. Dank ihrer Weiter-So-Doktrin steht Europa vor dem Schei-

tern. Es ist Zeit für einen europäischen Aufbruch, der die sozialen Bedürfnisse der europäischen Bevölkerung wieder ins Zentrum der Politik rückt. Solidarität statt Austerität ist das Gebot der Stunde.“

„Die von Angela Merkel vorangetriebene Militärunion mit europäischer Armee, einem gemeinsamen Rüstungsprogramm und einem von ihr vorgeschlagenen europäischen Sicherheitsrat ist Ausdruck purer Ideenlosigkeit. Es grenzt schon fast an Demagogie, sich auf die EU als Friedensprojekt zu berufen und gleichzeitig ihre bis an die Zähne bewaffnete Militarisierung zu fordern.“

Auch klare Worte in Richtung des Antidemokraten und EVP-Parteifreundes Viktor Orbán verliert die Bundeskanzlerin nicht. Hier wird die Glaubwürdigkeit den macht-taktischen Spielereien der Christdemokratie geopfert. Doch wer sich mit Antidemokraten ins Bett legt, wacht womöglich bald in der Diktatur auf.“

„Wer Europa retten will, muss die zerstörerische Spar- und Kürzungspolitik beenden und die Pläne für die Militärunion schredern. Europa wird nur mit solidarischer Politik, öffentlichen Investitionen und einer friedlichen Außenpolitik gelingen.“

Jan Korte zieht Zwischenbilanz

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Die Konstituierung des Deutschen Bundestages vor einem Jahr nimmt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer und anhaltische LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte zum Anlass, eine Zwischenbilanz über seine Arbeit im Bundestag und im anhaltischen Wahlkreis zu ziehen.

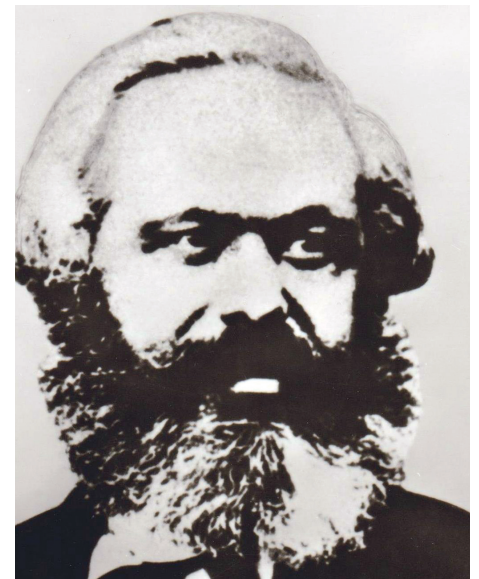
So gibt DIE LINKE nach Überzeugung Kortes mit ihren Initiativen im Bundestag den Takt vor. „Von Anfang an waren wir die Fraktion, die ohne Rücksicht auf die schleppende Regierungsbildung auf die Einsetzung der Fachausschüsse gedrängt hat. Wir haben in einem Jahr über 800 Initiativen im Bundestag eingebracht: Sowohl Anträge und Gesetzentwürfe, als auch unzählige, gut ausgearbeitete Kleine Anfragen, ohne die etliche Informationen über die Arbeit der Bundesregierung nie an die Öffentlichkeit gekommen wären. Wir machen unseren Job als soziale Oppositionsfraktion gut, mit deutlichem Abstand zu den anderen. Darauf können sich die Menschen sowohl bundesweit als auch in meinem Wahlkreis verlassen und darauf bin ich auch als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer un-

serer Fraktion stolz.“

Denn auch in seinem Wahlkreis Anhalt und im Betreuungswahlkreis Harz zeigte Korte in den vergangenen zwölf Monaten deutlich Flagge. Neben seinen persönlichen Bürgersprechstunden auf Straßen, Plätzen und Wochenmärkten, führte der Linkspolitiker im Rahmen seiner Wahlkreis-Touren zahlreiche Gespräche mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Verantwortungsträgern vor Ort und konnte im ersten Jahr der neuen Wahlperiode bereits 17 Besuchergruppen mit insgesamt über 500 Teilnehmern im Bundestag willkommen heißen. Aus dem Solidarfonds der Bundestagsfraktion, in den Korte monatlich einen Teil seines Einkommens spendet, konnten in seinen Wahlkreisen Anhalt und Harz bereits 12.200 Euro an 25 Projekte und Vereine ausgereicht werden.

Wer sich regelmäßig über die Arbeit von Jan Korte informieren möchte, findet aktuelle Informationen im Internet auf www.jankorte.de. Ebenfalls besteht hier die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren.

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein.“

Landtagswahl in Hessen

Friedrich Schütz

Am 18. Oktober stand vor etwas über 4.300.000 wahlberechtigten Bürger*innen Hessens die Aufgabe, den Landtag neu zu wählen. Bei einer Wahlbeteiligung von 67,3% wurden 6 Parteien in das Landesparlament gewählt. Dabei wurden folgende Ergebnisse erreicht:

Die CDU wurde zwar erwartungsgemäß die stärkste Partei. Sie erlitt aber eine große Niederlage. So sanken ihre Stimmen gegenüber 2013 von etwa 1.200.000 auf etwa 775.000, also von 38,3% auf 27,0%, und damit auch die Zahl der Sitze von 47 auf 40. Trotz dieses seit langer Zeit schlechtesten Ergebnisses, wird sie aber weiterhin die Regierung führen.

Der zweite große Wahlverlierer war die SPD, deren Stimmenanteil von 30,7% auf 19,8% sank, und die damit nur noch über 29 Mandate (2013 waren es noch 37) verfügt. Sie unterbot damit ihr bisher schlechtes Ergebnis aus dem Jahre 2009.

Die Grünen zählen zu den großen Gewinnern dieser Wahl. Gegenüber 2013 konnten sie sich von 11,5% auf 19,8%, und damit von

14 auf 29 Sitze verbessern. Sie gewinnen zum ersten Mal Direktmandate und werden in einigen größeren Städten zur stärksten politischen Kraft.

Erwähnt werden soll auch die FDP, die 7,5% der Stimmen (2013 waren es 5,0%) und 11 Sitze gewann.

Nun ist die AfD im hessischen Landtag. Bei ihrer ersten Wahlbeteiligung 2013 war sie nur auf 4,1% der Stimmen gekommen. Jetzt gewann sie 13,1% und erhielt dafür 19 Sitze. Sie ist damit in allen deutschen Landtagen vertreten. Die Stimmen der AfD stammen zu einem großen Teil von Wählern, die 2013 andere Parteien wählten, so nach Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen 100.000 von der CDU, 50.000 von der SPD und 70.000 von anderen Parteien.

DIE LINKE nahm nach den Wahlen von 2008, 2009 und 2013, bei denen sie zwischen 140.000 und 160.000 Stimmen und jeweils 6 Sitze gewann, zum vierten Mal an einer hessischen Landtagswahl teil. Mit jetzt 181.263 Stimmen (6,3%) und 9 Sitzen erreichte sie

unter ihrer Spitzenkandidatin Janine Wissler ihr bisher bestes Ergebnis. Überdurchschnittliche Ergebnisse wurden, so wie das auch aus anderen Bundesländern bekannt ist, vor allem in den Wahlkreisen der Großstädte erreicht, so Frankfurt am Main V 13,5%, Kassel Stadt II 12,5% oder Darmstadt Stadt I 17,4%.

Die Wahlforscher haben sich auch mit dem Wahlverhalten der einzelnen sozialen Gruppen beschäftigt. Demnach wählten z.B. die Arbeiter die CDU und die SPD mit jeweils 23%, die Grünen mit 11%, DIE LINKE mit 7%, und die AfD mit 22%. Die persönliche Entscheidung, unsere Partei zu wählen, war bei Männern etwas höher als bei Frauen; sie nahm mit höherem Alter ab, aber mit wachsendem Bildungsstand zu.

Die Landtagswahl in Hessen war die letzte Wahl dieses an Wahlen verhältnismäßig armen Jahres. Das vor uns liegende Jahr 2019 wird dagegen, wie schon 2014, ein „Superwahljahr“, in dem neben den Europawahlen eine größere Zahl von Landtagswahlen und Kommunalwahlen anstehen.

Wahlkreistag der Landtagsabgeordneten Eva von Angern

Sabine Dirlich, DIE LINKE Schönebeck

„Schön, dass es endlich geklappt hat!“, das war die einhellige Meinung aller Beteiligten an diesem Wahlkreistag der Landtagsabgeordneten Eva von Angern. Endlich, weil das Zustandekommen der Gespräche mit den Bürgermeistern der Gemeinden Bördeland und Barby mehrere Anläufe gebraucht hat. Eva von Angern ging es vor allem darum, mit den Bürgermeistern Bernd Nimmich und Torsten Reinharz persönlich ins Gespräch zu kommen. „Nur so erfahre ich hautnah von den Sorgen und Problemen, aber auch von den Erfolgen in den Kommunen“, meint sie.

Voller Stolz berichtet Bernd Nimmich z. B. von den 72 Vereinen in den Ortsteilen seiner Gemeinde. Jedes Jahr werden von diesen Vereinen immerhin rund 150 Veranstaltungen organisiert. Eine ähnliche Erfolgsgeschichte kann auch Torsten Reinharz erzählen. Der Dank des Publikums ist Lohn für die viele Mühe der Ehrenamtlichen.

Aber auch die Sorgen gleichen sich. Über einstimmend sind die Bürgermeister der Meinung, dass das Finanzausgleichsgesetz des Landes reformiert gehört, dass die Finanzausstattung der Kommunen nicht ausreicht. Bund und Land müssen begreifen, dass Frust in den Gemeinden entsteht, wenn vor Ort wenige tausend Euro für ein wichtiges Projekt fehlen und in Bund und Land die Kassen übertoll sind. Zwar hat Bördeland seine Konsolidierung 2015 abschließen können, die Finanzen sind

trotzdem denkbar knapp. Und wenn dann hunderttausende Euro zusätzlich gebraucht werden, weil ein Sturm 130 Pappeln entwurzelt und eine Grabenwand zerstört hat, steht die Gemeinde ohne Hilfe vor einem Dilemma.

Keine Lösungen, sondern eher neue Probleme erwarten beide Bürgermeister vom neuen Kinderförderungsgesetz. In Barby hat sich der Zuschuss der Stadt schon seit der letzten KiföG-Novelle mehr als verdoppelt. Große Themen in wohl allen Gemeinden ist die Tageseinsatzbereitschaft der Feuerwehren, die

Ausdünnung des Schulnetzes, die Fördermittelbürokratie oder die ärztliche Versorgung.

Und natürlich hat jede Gemeinde auch noch ihre ganz eigenen Probleme. Wenn Fahren, von denen Barby immerhin drei hat die Landesstraßen miteinander verbinden, allein auf Barbyer Schultern lasten und dann noch freiwillige Aufgaben sind, dann ist das einfach nicht zu leisten.

Und über eines waren sich Eva von Angern und die Bürgermeister auch einig: „Das war nicht unser letztes Gespräch!“



Mit Unterstützung im Wahlkreis unterwegs MfL Eva von Angern; Foto: privat

Ortsversammlung in Bernburg mit Blick auf die Wahlen 2019

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende

Um sich über den Vorbereitungsstand der Kommunal- und Europawahlen 2019 zu informieren, trafen sich 19 Mitglieder des Ortsverbandes Bernburg am 24. Oktober zur 2. Ortsversammlung des Jahres.

Nach der Begrüßung übergab der Ortsvorsitzende Jörg Lemmert das Wort an Henriette Krebs als Landesgeschäftsführerin. Sie informierte, dass die Vorbereitung der Kommunalwahlen durch den Landesvorstand der Linken in Sachsen-Anhalt bereits angelaufen ist. Die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ dienen als Orientierung, auf deren Basis die jeweiligen Orts- und Kreisverbände ihre Wahlprogramme aufbauen können. Diese Leitlinien verändern sich aufgrund hinzukommender Erfahrungen ständig und werden deshalb jährlich überarbeitet und aktualisiert.

Wie schon bei den letzten Kommunalwah-

len tritt auch dieses mal DIE LINKE wieder mit offenen Listen an. Jeder, der bereit ist linke Politik zu vertreten, auch wenn er kein Parteimitglied ist, kann sich auf unseren Listen für ein Mandat zur Wahl stellen. Auf der 4. Tagung des 6. Landesparteitages am 20. Oktober in Bernburg, wurde der Leitantrag „Willkommen!“ mit deutlicher Mehrheit der Delegierten als Wahlauftrag beschlossen.

Der Kreisvorsitzende Lothar Boese begann seinen Beitrag mit einem kleinen Rückblick auf den vergangenen Landesparteitag, der aus seiner Sicht rundum gelungen war. Er bedankte sich sowohl bei den Organisatoren und Delegierten, als auch bei allen Helfern, die als Ordner im Kurhaus tätig waren. Auch in unserem Kreisvorstand sind die Wahlvorbereitungen bereits angelaufen. Sabine Dirlich und Roland Claus aus Schönebeck erar-

beiteten bereits ein Kreiswahlprogramm in der Rohfassung, das jetzt mit interessierten Mitgliedern gemeinsam überarbeitet werden kann. Die Endfassung wird dann in der nächsten Kreisversammlung, Anfang März 2019, beschlossen.

Auf der Tagesordnung dieses Abends stand auch die Diskussion über kommunalpolitische Schwerpunkte, und wie diese in ein zu erstellendes Kommunalwahlprogramm einzuarbeiten wären. Das Wahlprogramm muss nach Meinung der anwesenden Mitglieder auf die Probleme der Bürger zugeschnitten werden, wobei es für uns vielfältige Möglichkeiten gibt, z. B. sozial- und kulturpolitische Themen, Barrierefreiheit oder sozialer Wohnungsbau. Außerdem darf nicht nur die Stadt Bernburg berücksichtigt werden, sondern auch deren Ortsteile.

Schönebecker Ortsverband mit neuem Namen

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE „ELSALAND“

Am 13.11.2018 fand in Schönebeck eine öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN zur Wahl eines neuen Ortsvorstandes statt. Die Wahl war erforderlich, weil sich in einer vorherigen Versammlung die Ortsverbände Schönebeck, Barby, Calbe und Bördeland zu einem gemeinsamen Ortsverband zusammengeschlossen hatten. In geheimer Wahl wurde der neue Ortsvorstand, bestehend aus 4 Frauen und 4 Männer incl. Christa Beier als Ortsvorsitzende gewählt. Genossin Beier informierte vor der Wahl über die Aktivitäten und Initiativen des Ortsverbandes

sowie über die Finanzen. Sie hob die jährliche Veranstaltung zum 1. Mai auf dem Bierer Berg hervor, die von der LINKEN gemeinsam mit anderen Akteuren organisiert wird. Sie bedankte sich insbesondere bei Sabine Dirlich und Ina Köhnkow, die maßgeblich die Veranstaltung vorbereiten und durchführen. Genosse Roland Claus, der jetzt Mitglied unseres Ortsverbandes ist und auch in den neuen Ortsvorstand gewählt wurde, erläuterte die Diskussionsgrundlage für die Entstehung eines Kommunalwahlprogrammes 2019 für DIE LINKE im Salzlandkreis. Er ging

auch auf die bisherigen Aktivitäten, wie Karl Marx-Ehrung, Lesung zu Erik Neutsch und auf seine weiteren Vorstellungen für Veranstaltungen ein. In der Diskussion äußerten sich noch Sabine Dirlich zu Fragen des Kreishaushaltes, Margitta Fleischer zur Jugendweihe und Flüchtlingspolitik sowie Christa Beier zu den bevorstehenden Aufgaben und Terminen.

Zur Diskussion stand auch der neue Name des Ortsverbandes. Dem Vorschlag „ELSALAND“ wurde mehrheitlich zugestimmt.

LINKE Kreistagsfraktion unterstützt Tag der Regionen e.V.

Ralf-P. Schmidt, Stellv. Fraktionsvorsitzender

Ein gesonderter Tagesordnungspunkt der Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis war dem Tag der Regionen Salzlandkreis e.V. vorbehalten. Vereinsvorsitzender Burkhard Nimmich erläuterte den Kreistagsmitgliedern, sachkundigen Einwohnern und Gästen die Anliegen des Vereins und dessen Projekte. Er betonte die Themenschwerpunkte Regionaler Handel, Regionale Erzeuger, fairer Handel und Nachhaltigkeit sehr anschaulich. Insbesondere der Tag der Regionen, der nun schon zum 13. Mal in Staßfurt stattfand, setzt laut Nimmich Handlungs- und Denkprozesse in die richtige Richtung in Gang. Handwerker, regionale Produ-

zenten und regionaler Handel bedürfen einer Stärkung und Sicherung.

Das Motto der Aktivitäten 2018 – „Weil Heimat lebendig ist“, fand auch bei den Kommunalpolitikern der LINKEN Aufmerksamkeit und Interesse. Insbesondere das Projekt Schülerkochen, bei dem Produkte aus regionalem und biologischem Anbau zum Einsatz kommen, sollte eine Förderung erfahren. Und so übergab die Fraktion aus ihrem Solidarfonds eine Spende für das durch den Verein gestaltete Schülerkochprojekt in Höhe von 300,00 €.



Scheck für den Tag der Regionen; Foto: privat

Brink liest bei den „Stromerländern“

Ernst H. Brink, DIE LINKE Saale-Wipper

Der linke Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Güsten, Ernst Hermann Brink, nahm – wie jedes Jahr – Bundesweiten Vorlesetag teil. Er hat am Freitag, 16.11.2018 in der Kindertagesstätte „Pünktchens Stromerland“ im Güstener Ortsteil Osmarsleben vorgelesen.

Der Kommunalpolitiker unterstützt das bundesweite Vorlesen bereits zum 6. Mal, da er den Kindern eine Welt neben Computerspielen und Handys näher bringen will. Kinder sollen eine positive Einstellung zum Lesen gewinnen. Gemeinsames Lesen und Vorlesen macht Spaß, regt die Fantasie an und fördert nebenher auch die Lesekompetenz und Sprachentwicklung. In diesem Jahr las er das Märchen vom „Tischlein deck dich, Goldesel und Knüppel aus dem Sack“. Nach-

dem die „Lerneulen“ von Frau Bodnaruk und Frau Hartkopf das Märchen gehört hatten, beantworteten sie alle Fragen nach den Be-



Vorlesetag mit Ernst-Hermann Brink; Foto: privat

rufen der Söhne und was aus dem Schneider, der Ziege oder dem Wirt geworden ist. Dies zeigt, dass sie alle sehr aufmerksam zugehört haben.

Die zentrale Erkenntnis ist: Vorlesen wirkt. Es fördert nicht nur Fantasie, Kreativität und Leidenschaft, sondern hat auch Auswirkungen auf die späteren Bildungschancen. Sich konzentrieren, den Wortschatz erweitern und Zusammenhänge verstehen sind Grundlagen, die beim Vorlesen wie von selbst geübt werden. Laut Stiftung Zeit beteiligten sich dieses Jahr über 650.000 Vorleser und Zuhörer an dieser Aktion. Auch im nächsten Jahr will Brink wieder vorlesen und hofft, „... dass sich noch mehr Kommunalpolitiker für diese Aktion begeistern lassen“.

Neues aus der BO „Talstadt“ in Bernburg

Christine Pfeiffer, BO-Vorsitzende

Nachdem die beiden BOs „Strenzfeld“ und „Talstadt“ zu einer BO fusionierten, einigte sich die Mitglieder auf den künftigen Namen: „Basisorganisation Talstadt“.

Der Zusammenschluss der beiden Basisgruppen war schon in früheren Versammlungen der jeweiligen Basisgruppe beschlossen worden. Der Ortsvorstand wurde darüber informiert und stimmte dem zu. Wir haben jetzt eine Mitgliederstärke von 28 Genossen.

Am 04. Oktober 2018 fand eine Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl statt.

Genossin Hella Käther verlas im Auftrage einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des bisherigen Vorstandes der „BO Talstadt“. Genosse Prof. Petzer Kaufmann berichtete von der Arbeit des Vorstandes in der „BO Strenzfeld“. Beide Rechenschaftsberichte wurden diskutiert und den beiden bisherigen Vorständen Entlastung erteilt. Den Vorständen wurden für ihre bisherige Tätigkeit gedankt. Ein besonderes Dankeschön ging an

unsere Genossin Hella Käthner, die bisher der Fels in der Brandung war und die „Truppe“ immer zusammenhielt.

Als neuer Vorstand wurden einstimmig Genossin Christine Pfeiffer zur Vorsitzenden, Genosse Dr. Peter Trensich und Genosse Prof. Rainer Schlegel zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Als eine meiner ersten Handlungen als Vorsitzende der BO „Talstadt“ hatte ich dann die schöne Gelegenheit, zusammen mit unserem Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert, unserem ältesten Genossen des Salzlandkreises, Herrn Fritz Liebefinke, zu seinem 98. Geburtstag zu gratulieren. Es erwartete uns ein bescheidener älterer Herr, der uns charmant und kurzweilig aus seinem Leben berichtete. Genosse Liebefinke ist politisch und sportlich noch sehr interessiert und verfolgt dies auch ausgiebig über die Medien. Wir wünschen ihm und seiner Familie weiterhin alles Gute und beste Gesundheit.



Gratulation zum 98. Geburtstag; Foto: privat

Sorgen und Probleme der Bürger im ländlichen Raum – 2. Teil

Eberhard Balzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Bernburg

Mit der Teilnahme an den Ortschaftsratssitzungen in Baalberge und Preußnitz erfüllen die Bernburger Stadträte Petra Giest, Christian Hackelbusch, Maik Mingo und Eberhard Balzer die übernommene Verpflichtung, die Sorgen und Probleme der Bürger im ländlichen Raum kennen zu lernen.

Die Mitglieder des Ortschaftsrates in Baalberge lobten die gute Unterstützung durch den Oberbürgermeister Henry Schütze. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit der Unterstützung des Feuerwehrynachwuchses. Auf

den Zusammenhang zwischen zunehmender Schülerzahl und Räumlichkeiten wurde hingewiesen.

Um den touristischen Weg um Baalberge besser zu gestalten, müssen die Informationsschilder erneuert werden. Hier sollte die Stadtverwaltung Unterstützung geben. Zur Bereitstellung von Finanzen sollte ein Antrag gestellt werden.

Wesentlich lebhafter und kritischer ging es in Preußnitz zu. Auf ein Vernässungsproblem wurde hingewiesen, hervorgerufen durch einen erhöhten Wasserstand der Fuhne. Bisher ist zur

Lösung dieses Problems noch keine Lösung gefunden.

Unterschiedliche Ansichten gab es zur Gestaltung von Wegen. Eine Einigung muss erst noch gesucht werden. Kritik gab es an der Stadtverwaltung, weil Schreiben nicht beantwortet wurden. Unklarheiten sind auch vorhanden bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge.

Unsere Empfehlung an die Teilnehmer der Ortschaftsratssitzungen ist, sich mit den Problemen auch durch schriftliche Formulierungen an die Stadtverwaltung zu wenden.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Dezember recht herzlich#

Zum 86. Geburtstag
Franz Walter

Zum 85. Geburtstag
Karin Zeißig

Zum 84. Geburtstag
Waltraud Engel

Zum 82. Geburtstag
Franz Meier

Zum 81. Geburtstag
Gerhard Hanel

Zum 75. Geburtstag
Anneliese Noack
Wolfhard Schütze

Zum 70. Geburtstag
Ursula Fahtz
Peter Kaufmann

Zum 65. Geburtstag
Beate Köthe
Gerlinde Oertel

Zum 60. Geburtstag
Hans-Joachim Rücker

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Dezember Geburtstag haben



Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Berichte von Mandatsträger*innen und Abgeordneten. Wir freuen uns über Beiträge aus allen Bereichen. Interessent*innen nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion (siehe rechte Spalte).

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Kreisvorstand
Redaktion DLZ

Ortsversammlung DIE LINKE Staßfurt

Am **18.12.2018 ab 17 Uhr** in „Meyer`s Bräustüb`l“ (Hohenexlebener Straße 82). Im Mittelpunkt werden die Neuwahl des Ortsvorstandes sowie ein Ausblick auf das Kommunal- und Europawahljahr 2019 stehen.

Vorankündigung Neujahrsempfang:
Kreisverband, Kreistagsfraktion, MdL Doreen Hildebrandt und MdB Jan Korte laden am **22.01.2019** zum gemeinsamen Neujahrsempfang nach **Bernburg** ein. .

Neujahrsempfang DIE LINKE Saale-Wipper

Am **05.01.2019** lädt der Ortsverband wieder ab 18 Uhr alle Interessent*innen zum Neujahrsempfang in den Gemeindesaal nach Amesdorf ein.

„Kaffee mit LINKS“ in Bernburg
Am **10.01.2019 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **12.12.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o

klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 11. Januar 2019. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 23. November 2018.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.